



Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur

Bundesverkehrs- wegeplan 2030



Bundesverkehrswegeplan

Das ist der BVWP

Der Bundesverkehrswegeplan – kurz BVWP – ist eine Absichtserklärung der Bundesregierung über das künftige Investitionsgeschehen in die Verkehrsinfrastruktur des Bundes in den Bereichen Schiene, Straße und Wasserstraße. Er wird alle 10 bis 15 Jahre vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) aufgestellt und vom Bundeskabinett beschlossen.

Darum BVWP

Verkehrswege sind die Lebensadern unseres Landes, denn sie ermöglichen die nachhaltige Mobilität von Menschen und Gütern.

Dafür legt der BVWP die Grundlage. Bürger und Wirtschaft profitieren so auch in Zukunft von einem der am besten ausgebauten und leistungsfähigsten Verkehrsnetze weltweit – mit kürzeren und besser planbaren Fahr- und Lieferzeiten sowie mit weniger Staus und Verspätungen.

Das ist die Vorgehensweise

Im BVWP wird zunächst festgelegt, wie viel Geld für die Substanzerhaltung der bestehenden Verkehrswege benötigt wird (Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen). Weil der Verkehr ständig zunimmt, müssen Verkehrswege zudem aus- oder neu gebaut werden. Deshalb werden für den BVWP über 2.000 Vorschläge für Aus- und Neubauprojekte geprüft. Es wird u.a. ermittelt, ob die Projekte zur Bewältigung des zukünftigen Verkehrs notwendig sind, ob ihre Umsetzung gesamtwirtschaftlich sinnvoll ist und welche Auswirkungen dies z.B. auf die Umwelt hätte.

Damit Bürger und Wirtschaft den größtmöglichen Nutzen haben, fließen die Mittel vorrangig in Projekte mit überregionaler Bedeutung, etwa um Engpässe bei Knotenpunkten des Verkehrsnetzes zu beseitigen.

Öffentlichkeitsbeteiligung

Das ist die Öffentlichkeitsbeteiligung zum BVWP 2030

Erstmals wird zum Entwurf des BVWP 2030 eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Natürliche und juristische Personen mit Wohn- bzw. Geschäftssitz in Deutschland können für sechs Wochen vom 21.03.-02.05.2016 zum Gesamtplan des BVWP 2030 und zum Umweltbericht Stellung nehmen und sachbezogene Hinweise abgeben.

Die Stellungnahmen werden vom BMVI geprüft, erforderliche Änderungen werden in den BVWP 2030 eingearbeitet. Der Umgang mit den Stellungnahmen und die Anpassungen werden zusammenfassend in einem Bericht dokumentiert, der nach der Beteiligung veröffentlicht wird.

Die Rahmenbedingungen der Beteiligung

Gegenstand der Beteiligung ist der BVWP 2030-Entwurf und der dazu erstellte Umweltbericht. Ziel der Beteiligung ist die fachliche Überprüfung der durch den BVWP 2030 getroffenen Festlegungen, insbesondere im Hinblick auf die daraus resultierenden Umweltauswirkungen des Gesamtplans.

Das BMVI wird Stellungnahmen auswerten, die hierzu Sachargumente enthalten, wertende Meinungsäußerungen bleiben unberücksichtigt. Eine Aufrechnung zwischen „unterstützenden“ und „ablehnenden“ Stellungnahmen zu einzelnen Maßnahmen erfolgt nicht. Mehrfacheinsendungen inhaltsgleicher Sachargumente werden nur einmal berücksichtigt. Externe fachliche Gutachter unterstützen das BMVI bei der Prüfung der Stellungnahmen.

Hier finden Sie die Unterlagen

Der Entwurf des BVWP 2030 und der Umweltbericht werden vor Beginn des Beteiligungsverfahrens auf unserer Internetseite zur Verfügung gestellt. Daneben können diese Unterlagen an 20 Auslegungsorten in Deutschland vor Ort eingesehen werden.

Auslegungsorte

Baden-Württemberg:

Ministerium für Verkehr
Hauptstätter Str. 67
70178 Stuttgart

Regierungspräsidium Freiburg
Bissierstraße 7
79114 Freiburg

Bayern:

Autobahndirektion Nordbayern
Flaschenhofstraße 55
90402 Nürnberg

Autobahndirektion Südbayern
Seidlstraße 7-11
80335 München

Berlin:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
Am Kölnischen Park 3
10179 Berlin

Brandenburg:

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
Henning-von-Tresckow-Str. 2-8
14467 Potsdam

Bremen:

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Contrescarpe 72
28195 Bremen

Hamburg:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Alter Steinweg 4
20459 Hamburg

Hessen:

Hessen Mobil
Wilhelmstraße 10
65185 Wiesbaden

Hessen Mobil
Untere Königsstraße 95
34117 Kassel

Mecklenburg-Vorpommern:

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung
Schloßstr. 6-8
19053 Schwerin

Niedersachsen:

Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Windmühlenstraße 1-2
30159 Hannover

Nordrhein-Westfalen:

Bezirksregierung Düsseldorf
Cecilienallee 2
40474 Düsseldorf

Bezirksregierung Münster
Domplatz 1-3
48143 Münster

Rheinland-Pfalz:

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur (Außenstelle)
Emmeransstrasse 39
55116 Mainz

Saarland:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr
Franz-Josef-Röder-Straße 17
66119 Saarbrücken

Sachsen:

Landesamt für Straßenbau und Verkehr
Stauffenbergallee 24
01099 Dresden

Sachsen-Anhalt:

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr
Turmschanzenstraße 30
39114 Magdeburg

Schleswig-Holstein:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie
Düsternbrooker Weg 94
24105 Kiel

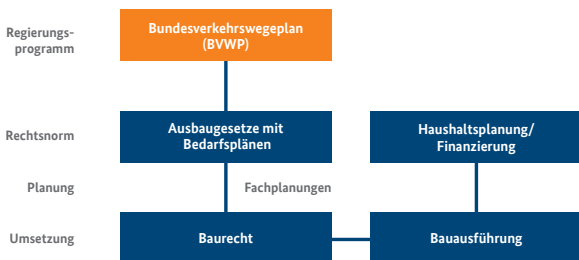
Thüringen:

Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr
Hallesche Str. 15
99085 Erfurt

Verkehrsinfrastrukturpolitik

BVWP und Verkehrsinfrastrukturpolitik

Der BVWP ist das wichtigste Planungs- und Steuerungsinstrument für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Bundes. Er ermittelt den Investitionsbedarf der Bundesverkehrswege (Straße/Schiene/Wasserstraße) für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Um die BVWP-Projekte umsetzen zu können, müssen sie in einzelnen Schritten in nachfolgenden Fachplanungen vertiefend geplant, baurechtlich legitimiert und ihre Finanzierung sichergestellt werden.



Der BVWP als zentrales Steuerungsinstrument der Verkehrsinfrastrukturpolitik

Vom BVWP zur Projektumsetzung

Im Anschluss an die Beschlussfassung durch das Bundeskabinett stellt der Deutsche Bundestag auf Grundlage des BVWP in den Ausbaugesetzen den Ausbaubedarf für die Verkehrsinfrastruktur gesetzlich fest.

Vor der Umsetzung muss jedes Projekt im Nachgang zum BVWP ein eigenständiges Planungsverfahren durchlaufen: Es muss z.B. die genaue Streckenführung verbindlich festgelegt und Baurecht erteilt werden. Dabei werden öffentliche und private Interessen abgewogen. Betroffene Bürgerinnen und Bürger können hier selbstverständlich ihre Interessen und Hinweise konkret in die Planungen einbringen.

Für die Realisierung der Projekte müssen die nötigen Finanzmittel im Rahmen der jährlichen Haushaltsgesetze vom Deutschen Bundestag bereitgestellt werden.

Stellungnahme abgeben – so geht’s

Die Abgabe von Stellungnahmen an das BMVI ist vom 21. März bis zum 02. Mai 2016 möglich.

Eine elektronische Stellungnahme können Sie nicht per E-Mail, sondern nur über ein Online-Formular abgeben. Das Formular wird mit Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung auf unserer Internetseite bereitgestellt:

www.bvwp2030.de

Eine postalische Stellungnahme können Sie – bitte unbedingt unter Angabe des Stichworts „BVWP 2030“ – an folgende Adresse schicken:

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Referat G 12
Invalidenstraße 44
D-10115 Berlin
Stichwort: BVWP 2030

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Internet: www.bvwp2030.de

Telefon (Mo.-Fr. 9.00 – 15.00 Uhr): +49 30 18 300 2345

Bildnachweise:

BMVI

Stand:

März 2016